

Helmut Schmidt wird gern zitiert. Der Altkanzler gilt als Ratgeber der Nation. Anfang März wurde er im *Spiegel* in die Pflicht genommen: Er sehe mit Sorge, dass viele der heute handelnden Politiker nur geringe Geschichtskennntnisse hätten. Volker Rühle, Klaus Naumann, Frank Elbe und Ulrich Weisser ergänzten in ihrem *Spiegel*-Plädoyer für den Beitritt Russlands zur NATO, Schmidt habe hinzufügen können, dass es einen erschreckenden Kompetenzverlust für sicherheitspolitische und strategische Fragen gebe. Der ehemalige Verteidigungsminister Rühle, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Naumann, der ehemalige Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt Elbe und der ehemalige Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium Weisser riefen dazu auf, das Nordatlantische Bündnis solle sich künftig als strategische Klammer der drei Mächtegruppierungen Nordamerika, Europa und Russland verstehen. Denn diese Dreiergruppe habe gemeinsame Interessen, die durch dieselben Herausforderungen gefährdet seien und deshalb gemeinsame Antworten verlangten. Die euroatlantische Gemeinschaft brauche Russland aus vielerlei Gründen: für Energiesicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle, für die Verhinderung von Proliferation, für Lösungen der Probleme im Iran, in Afghanistan und im Nahost-Konflikt, für die Einhegung des Krisen- und Konfliktpotenzials in Zentralasien,

aber auch für die Meinungsbildung und Entschlussfassung im UNO-Sicherheitsrat wie im Rahmen von G8 und G20.

Viele dieser Thesen treffen sicherlich zu. Und doch spiegeln sie die Wirklichkeit nur bedingt wider. Denn die russische Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre liegt in zentralen Fragen quer zu den Interessen der NATO-Mitglieder. Zwar droht dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges keine direkte Gefahr aus Moskau. Aber gerade weil Russland derzeit nicht in der Lage ist, den Vereinigten Staaten militärisch und wirtschaftlich auf Augenhöhe zu begegnen, bereitet der Kreml dem Weißen Haus zunehmend Probleme. Auf Moskau scheint es politisch wie ökonomisch lukrativer denn je zu wirken, Washington indirekt zu treffen. So rüstet Russland systematisch die Gegner der amerikanischen Verbündeten auf. Eine Renaissance der Stellvertreterkriege ist die Folge.

## Aufrüstung der Gegner

Im Kaukasus hängen Südossetien und Abchasien – nach dem Fünftagekrieg 2008 von Russland als selbstständige Staaten anerkannt – am Tropf russischer Finanzhilfen und Waffenlieferungen. Bereits vor Moskaus Feldzug beschossen südossetische Milizen georgische Dörfer mit schwerer Artillerie, die sie nur vom Kreml erhalten haben konnten. Im Fall Georgien zeichnet sich Russlands gegenwärtige Strategie deutlich ab: Moskau will den Einfluss der Vereinigten Staaten schmälern. Die beiden russischen Protek-

torate in Georgien stehen einer Mitgliedschaft des Landes in der NATO entgegen. Der Kreml hat dem Weißen Haus die Grenzen seiner Macht in einer Region aufgezeigt, in der seit dem Ende des Kalten Krieges erbittert um Öl, Gas und Pipelines gerungen wird.

Ein ähnliches Bild entfaltet sich im Nahen Osten: Der Iran wird von Russland bewaffnet. Teherans Raketen- und Atomprogramme wären ohne russische Hilfe nicht denkbar. Bereits Ende der 1990er-Jahre hat der Iran zahlreiche Atom- und Raketenexperten aus Russland angeworben. Wiederholt wurden russische Firmen von den USA mit Sanktionen belegt, da sie den Kernwaffensperrvertrag unterliefen. Mit dem Bau des Atomkraftwerks Buschehr am Persischen Golf, an dem Moskau in den letzten Jahren mit bis zu 2500 russischen Arbeitern und Ingenieuren maßgeblich beteiligt war, erhält Teheran moderne Atomtechnologie. Zusätzlich zur Fertigstellung des Kernreaktors, der nach Angaben des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin noch 2010 ans Netz gehen soll, bildet Russland rund 500 iranische Atomwissenschaftler und Techniker aus.

Für Moskau ist das Engagement im Iran ein lukratives Geschäft: Das eine Milliarde Dollar teure Bauprojekt in Buschehr hat der russischen Atomindustrie als erster Auslandsauftrag nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Existenz gesichert. Anschlussverträge für weitere sechs Reaktoren und für Uranlieferungen in gewaltigen Mengen stehen in Aussicht. Von Aufträgen in zweistelliger Milliarden-Dollar-Höhe ist die Rede. Dabei scheint sich der Kreml vollkommen bewusst, welche Konsequenzen die atomare Aufrüstung des Iran hat. Bereits Präsident Boris Jelzin gab nach der Unterzeichnung des Buschehr-Vertrages 1995 zu, dass das Abkommen sowohl Elemente friedlicher wie militärischer Nuklearnutzung beinhalte.

Um die iranischen Atomanlagen vor etwaigen Luftangriffen Israels oder der USA zu schützen, haben Moskau und Teheran im Dezember 2005 die Lieferung von 29 Boden-Luft-Raketensystemen des Typs TOR-M1 für 1,4 Milliarden Dollar vereinbart. Damit hat Russland das sogenannte Tschernomyrdin-Gore-Abkommen von 1995 aufgekündigt, wonach Moskau auf Waffenlieferungen an Teheran verzichtet und dafür mit amerikanischen Finanzhilfen für die eigene Atomwirtschaft entschädigt wird. Inzwischen ist die Auslieferung der russischen Raketen an den Iran abgeschlossen, auch die Bedienungsmannschaften stehen bereit. Schon im Dezember 2006 hatte eine Gruppe iranischer Soldaten ihren Schulungslehrgang in Russland beendet.

### Widersprüchliche Stellungnahmen

Widersprüchlich sind Moskaus Stellungnahmen zum Verkauf von fünf russischen Flugabwehrsystemen vom Typ S-300 an Teheran. Zwar existiert bereits ein Vertrag, aber angesichts der neuen UN-Sanktionen gegen den Iran hieß es zuletzt aus dem Kreml, man sei bereit, auf die bereits vereinbarte Lieferung nun doch zu verzichten. Zuvor hatten russische Behörden dem iranischen Regime mehrfach versichert, auch die verschärften Sanktionen der Vereinten Nationen würden das Geschäft nicht verhindern. Welcher Beschluss der endgültige sein wird, bleibt angesichts der wiederholten Kurswechsel Moskaus abzuwarten, zumal der Raketendeal dem Kreml immer wieder als Drohkulisse im geopolitischen Machtkampf am Persischen Golf gedient hat. Denn mit einer Reichweite von 200 Kilometern, einer Flughöhe von bis zu 27 Kilometern und der Fähigkeit, gleichzeitig bis zu hundert Flugzeuge oder Raketen zu erfassen und zwölf von ihnen zu bekämpfen, würden die S-300-Anlagen das Kräfteverhältnis am Golf zugunsten Teherans verändern: Selbst für die High-

*Entgegen allem Anschein sind die USA für Russland immer noch der Gegner Nummer Eins. Hier Barack Obama und Dmitri Medwedew am 8. April 2010 in Prag bei der Unterzeichnung des Vertrages zur Reduzierung der Atomwaffen (START-Abkommen 2010).*

© picture-alliance/dpa, Foto: Michal Dolezal



tech-Luftwaffen Israels und der USA wären die S-300-Flugabwehrraketen ein ernst zu nehmender Gegner. Auch an diesem System sollen bereits Iraner in Russland ausgebildet worden sein.

Im Dezember 2008 hat Russland mit der Lieferung von 200 Boden-Luft-Raketen im Gesamtwert von 250 Millionen Dollar an weitere sieben Staaten begonnen. Unter ihnen befinden sich neben Venezuela, Libyen und Ägypten auch Syrien, das im August 2008 Verständnis zeigte für Moskaus Einmarsch in Georgien und die Militärbeziehungen mit Russland ausbaut – eine Stationierung russischer Raketen auf syrischem Territorium ist nicht ausgeschlossen. Damaskus kauft seit 2005 moderne Luft- und Panzerabwehrwaffen in Moskau und betätigt sich zugleich als Drehscheibe für iranische Waffenlieferungen russischer Produktion an die Hisbollah. Im Libanonkrieg 2006 wurden 50 schwere „Merkava“-Kampfpanzer der israelischen Armee von modernen Panzerabwehrwaffen zerstört oder beschädigt. Dabei fielen 30

Soldaten, mehr als 100 wurden verletzt. Nach einer von Israels Generalstab in Auftrag gegebenen Analyse hatte Teheran in Russland entwickelte und gebaute Panzerabwehrraketen vom Typ AT-13 Metis-M an die Hisbollah geliefert. Neuerdings soll diese auch über schultergestützte Flugabwehrraketen vom russischen Typ SA-18 verfügen.

Im April 2006 hatte der Kreml der Hamas direkte Finanzhilfen zugesagt. Präsident Putin stilisierte Russland zur Schutzmacht der Muslime, um wieder eine führende Rolle in der Weltpolitik spielen zu können. Ist es vor diesem Hintergrund ein Zufall, dass beim Gaza-Krieg 2009 aufseiten der Hamas Waffensysteme aus dem Kalten Krieg auftauchten, die über Ägypten in den Gazastreifen geschmuggelt werden? Auf Israel wurden unter anderem Flugkörper vom Typ BM-21 Grad („Hagel“) mit einer Reichweite von bis zu 30 Kilometern abgefeuert – eine Rakete, die ursprünglich die Sowjetunion in den 1960er-Jahren entwickelt hatte und die heute im Iran unter dem Namen

„Arash“ produziert und weiterentwickelt wird.

## Ballistische Raketen im Iran

Russische Unternehmen und Wissenschaftler sind auch erheblich in das ambitionierte Programm zur Entwicklung ballistischer Raketen im Iran involviert, das unter den Gesichtspunkten der militärischen Effizienz wie der politischen Symbolwirkung nur dann als sinnvoll gilt, wenn zu deren Bestückung ABC-Sprengköpfe zur Verfügung stehen, wobei Kernwaffen schon aus technischen Gründen eindeutig am attraktivsten sind. Während es sich bei der iranischen Mittelstreckenrakete vom Typ Shahab III („Sternschnuppe“) um eine Entwicklung auf Basis der nordkoreanischen Nodong-1 handelt, orientiert sich die Konstruktion des Flugkörpers mit der Projektbezeichnung Shahab IV stark an der einstigen sowjetischen Mittelstreckenrakete SS-4. Entsprechend groß ist daher die Beteiligung russischer Experten an dem iranischen Versuch, die Technologie dieser Flugkörper mit einer Reichweite von etwa 2000 Kilometern wiederzuverwenden. Der erstmalige Test einer mehrstufigen Trägerrakete vom Typ Safir („Botschafter“) im August 2008 gilt als bedeutender Schritt Irans zur Entwicklung atomarer Langstreckenraketen. Schon 2005 hatte Teheran, das auch ein eigenes Raumfahrtprogramm betreibt, mithilfe Moskaus einen kommerziellen Satelliten ins All geschossen.

## Waffenlieferung an Nordkorea

Im bereits Jahrzehnte dauernden Drama um Nordkoreas Atom- und Raketenprogramme betreibt Russland ebenfalls eine Doppelstrategie – im Schulterschluss mit China. Offiziell bemüht sich Moskau und Peking um eine Lösung der immer wieder neu eskalierenden Krise in den Beziehungen zwischen Pjöngjang und Washington. Inoffiziell unterstützen sie den Aufrüs-

tungswahn des nordkoreanischen Regimes. Zwischen 70 und 90 Prozent seines Ölbedarfs und rund ein Drittel der Lebensmittelimporte werden von China bedient. Schätzungen zufolge wäre Nordkorea nach drei Monaten am Ende, würde sich Peking entscheiden, die Lieferungen einzustellen. Doch dazu dürfte es in absehbarer Zeit nicht kommen. Dennoch mehr als die unberechenbare Politik des kommunistischen Bundesgenossen fürchtet China ein wiedervereinigtes, mit den USA verbündetes Korea direkt an seiner Südgrenze.

Hält Peking die nordkoreanische Diktatur wirtschaftlich funktionsfähig, so hat Moskau die Rolle des Waffenlieferanten übernommen. Wie im Fall des Iran gilt auch in Sachen Nordkorea: Das Raketenprogramm wäre ohne russische Hilfe nicht denkbar. Zwar scheiterte im April 2009 Pjöngjangs Versuch, einen Satelliten ins All zu schießen. Aber mit Trägersystemen, die dazu in der Lage wären, könnte Nordkorea als Atommacht die Vereinigten Staaten auch direkt bedrohen.

Die Technik für Interkontinentalraketen kann Pjöngjang nach dem Urteil von Rüstungsexperten dabei nicht auf Grundlage eigener Forschungen entwickelt haben. Bereits bei den sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ Scud B mit einer Reichweite von 300 Kilometern, die Nordkorea Anfang der 1980er-Jahre von Ägypten erhielt, soll es sich nicht um einen Nachbau, sondern um direkte Exporte aus der Sowjetunion gehandelt haben. Dasselbe gilt für die 500 Kilometer weit fliegende Scud C. Die nordkoreanische Nodong mit 1300 Kilometer Reichweite wiederum ähnelt stark sowjetischen Raketen der Typen R-18 und R-19 aus den 1950er-Jahren, der Satellitenträger Taepodong-1 dem sowjetischen Gegenstück R-55. Heute verfügt Pjöngjang über mindestens sieben verschiedene Raketentypen. Sie sollen sämtlich keine nordkoreanischen Eigenentwicklungen sein, sondern aus Russland

stammen – aus immer noch laufender Produktion, aus alten Beständen, als Restposten von Prototypen oder als Lizenzproduktion unter russischer Anleitung.

### „Strategische Partnerschaft“ mit Venezuela

Moskau rüstet gleichfalls im südlichen Amerika die Gegner der Vereinigten Staaten auf. Venezuela ist zum größten Kunden russischer Waffen in Lateinamerika geworden und hat seit 2005 Rüstungsgüter im Wert von 6,7 Milliarden Dollar in Russland erworben: 24 Suchoi-Su-30MKV-Jagdbomber, 50 Hubschrauber der Typen Mi-26, Mi-35 und Mi-17, Panzer, Radargeräte und 100 000 Kalaschnikow-AK-103-Sturmgewehre. Wafengeschäfte im Wert von weiteren vier Milliarden Dollar sind vereinbart, darunter MiG-29-Jagdflugzeuge. Auch ein Atomkraftwerk soll mit russischer Hilfe gebaut werden. Zur Bekräftigung der „strategischen Partnerschaft“ zwischen Russland und Venezuela landeten im September 2008 zwei strategische TU-160-Bomber der russischen Luftwaffe zu Trainingsflügen auf der venezolanischen Luftwaffenbasis Libertador.

Anfang Dezember 2008 fanden erste gemeinsame Flottenmanöver in der Karibik statt. Auch Bolivien kauft in Moskau ein. Für rund 100 Millionen Dollar auf Kreditbasis sind Waffen in Russlands Rüstungsschmieden bestellt. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hatte sich sogar noch vor Venezuela gegenüber dem Kreml bereitgefunden, die von Georgien abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien als eigenständige Staaten anzuerkennen, wohl wissend, dass Russlands dortige Präsenz von den USA als Besetzung georgischen Territoriums betrachtet wird. Derweil ist Kuba von Zeit zu Zeit als erneuter Stationierungsort oder Auftankplatz für russische Kampfflugzeuge im Gespräch und hat im Juli 2009 einen Handelsvertrag mit Moskau

geschlossen: Der Kreml leiht Havanna 150 Millionen Dollar und darf dafür in kubanischen Gewässern nach Öl suchen.

### Digitale Kriegsführung

Auch vor der eigenen Haustür geht Russland verstärkt in die Offensive. Die Möglichkeiten digitaler Kriegsführung werden an amerikanischen Verbündeten getestet. Angriffen auf das Internet von Estland 2007 folgte die Lähmung des Netzes in Georgien vor dem russischen Einmarsch 2008. Die Ukraine geriet im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 „offline“ unter Beschuss: Russlands Präsident Dmitri Medwedew mischte sich im August 2009 mit einem offenen Brief an seinen ukrainischen Amtskollegen Wiktor Juschtschenko direkt in den Wahlkampf ein – ein unter Staatsoberhäuptern äußerst ungewöhnliches Verhalten. Der Kreml versuchte, in Kiew eine neue Führung herbeizuschreiben. Mit Erfolg: Der neue Präsident Wiktor Janukowitsch hat den NATO-Beitritt seines Landes und damit ein zentrales Ziel seines Vorgängers Juschtschenko aufgegeben. Moskaus Einfluss ist merklich gestiegen.

### Im Schulterschluss mit China

Russlands unabhängiger Verbündeter in seinen neuen Stellvertreterkonflikten mit dem Westen ist China. Moskau unterstützt die Etablierung der Volksrepublik als Gegenmacht zu den USA und als Kontinentalvormacht in Ostasien. Der Kreml hat sich zum stärksten Förderer der chinesischen Militärmodernisierung entwickelt. Vor allem das atomare Arsenal und die Marine werden ausgebaut. Peking erweist sich als erstklassiger Kunde russischer Waffenproduzenten: Mit einem Verteidigungsetat von 77,9 Milliarden Dollar verfügt China über das weltweit zweitgrößte Militärbudget für 2010 – nach den USA.

Die britische Fachzeitschrift *Jane's Intelligence Review* berichtete im Mai 2008 von einem gigantischen unterirdischen

Stützpunkt, den Peking in direkter Nähe zu den für Asiens Volkswirtschaften lebenswichtigen südostasiatischen Wasserstraßen baut. Durch elf achtzehn Meter hohe Einfahrtstunnel sollen die Atom-U-Boote der Volksrepublik unter der Wasseroberfläche in das Erdreich der Insel Hainan gelangen und sich damit vor der südlichen Küste Chinas verbergen können. Das Ausmaß der Arbeiten lässt die britischen Experten vermuten, dass der Stützpunkt eine zentrale Basis auch für Flugzeugträger bilden soll, die Peking derzeit mit russischer und ukrainischer Hilfe entwickelt.

### Anhaltende Ost-West-Konfrontation

Die USA bleiben aus Sicht des Kremls auch unter Präsident Barack Obama der größte Konkurrent Russlands. Die seit Februar 2010 gültige Militärdoktrin weist der NATO den ersten Platz auf der Liste externer militärischer Bedrohungen zu: Das Nordatlantische Bündnis strebe unter Verletzung internationalen Rechts globale Funktionen an und dehne seine militärische Infrastruktur bis in die unmittelbare Nähe zu Russland und seinen Verbündeten aus. Der Aufbau einer strategischen Raketenabwehr untergrabe die nukleare Balance. Hingegen rangiert der internationale Terrorismus erst an zweitletzter Stelle der russischen Bedrohungsszenarien.

Nicht zuletzt der jüngste Fall enttarnter russischer Agenten in den Vereinigten Staaten zeigt, wie fragil die Beziehungen zwischen Moskau und Washington immer noch sind – allen demonstrativen Entspannungsübungen auf Gipfeltreffen zum Trotz. Es scheint, als sei zwar der Kalte Krieg in seiner alten Form beendet, nicht aber die Ost-West-Konfrontation an sich. Daran wird auch der neue Abrüstungsvertrag für strategische Atomwaffen zwischen Russland und den USA kaum etwas zu ändern vermögen. Denn weder der amerikanische noch der russische Präsident haben eine andere Wahl,

als bei nuklearen Fragen aufeinander zuzugehen, wenn sie ihre jeweiligen Großvorhaben in der konventionellen Rüstung voranbringen wollen. Sowohl der von Präsident Obama verfolgte Ausbau einer global einsetzbaren US-Armee als auch deren Einsätze verschlingen Unsummen – allein 2010 will das Weiße Haus dem Pentagon 755 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen. Daher wird bei den strategischen Atomwaffen gespart, einem Rüstungsbereich, der auch Russland finanziell zu überfordern droht. Der Kreml sieht sich unter Zugzwang, will er für seine Militärreform finanziellen Spielraum schaffen. Moskau wünscht sich eine professionelle Berufsarmee, die den Herausforderungen eines Hightech-Krieges gewachsen ist.

### „Wunderbare Provokation“

Mit den Abrüstungsgesprächen alten Musters, wie sie Generationen amerikanischer Präsidenten mit dem Kreml zu führen pflegten, haben die Verhandlungen der letzten Jahre wenig gemein. Russland und die Vereinigten Staaten rüsten nicht ab, sondern lediglich um. Die weitere Reduzierung ihrer strategischen Nuklearwaffen wird die Welt nicht befrieden. Auch eine Allianz von Russland und den USA innerhalb der NATO wird dadurch nicht realistischer. Wer dennoch dafür plädiert wie Rühle, Naumann, Elbe und Weisser, dem bescheinigt Helmut Schmidt in der *Süddeutschen Zeitung* „phantastische außenpolitische Gedanken“. Eine Einladung an Moskau, dem Nordatlantischen Bündnis beizutreten, wäre für den Altkanzler nicht nur „eine wunderbare Provokation gegenüber chinesischen strategischen Planern“. Er sieht in derlei Überlegungen auch „ein Kennzeichen der Oberflächlichkeit“. Wehe einem Land, dem dies über einige seiner ehemals höchsten Militärs und Politiker, seine ehemaligen außen- und verteidigungspolitischen Planungsstabsleiter gesagt wird!